

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung mit Ausnahme der Gewer- und Postgebühren nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Sonntagspreis bei Bestellung monatlich 20, bei halbjährlicher Zahlung 100, bei vierteljährlicher Zahlung 50, bei dreimonatlicher Zahlung 25, bei monatlicher Zahlung 10. Bei Bestellung im Voraus ist die Zahlung anzusetzen. Die Postgebühren sind bei Bestellung zu zahlen. Bei Bestellung im Voraus ist die Zahlung anzusetzen. Die Postgebühren sind bei Bestellung zu zahlen.



Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inserententeil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inserententeil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 92

Donnerstag den 20. April 1922.

81. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * In Genua wurde zwischen Dr. Rathenau für Deutschland und Tschischkewitsch für Rußland ein Wirtschaftsvertrag abgeschlossen, wonach die alten Verbindlichkeiten liquidiert werden.
- * In den deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf ist über alle Streitpunkte eine Einigung erzielt worden.
- * Der frühere Generallandschaftsdirektor Kapp wurde in Genua festgenommen und in das Leipziger Untersuchungsgefängnis übergeführt.
- * Die Entente-Kontrollkommissionen in Deutschland sollen eine starke Einschränkung erfahren.
- * In Berlin wurden zwei bekannte türkische Politiker auf offener Straße von Armeniern erschossen.
- * Der Abschluß des deutsch-russischen Vertrages hat in der französischen Presse einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen und auch in Genua eine gespannte Situation geschaffen.

Deutsch-russischer Vertrag.

Das erste Mal waren es Italien und Südfrankreich, die ihre Fehde in Rapallo, im bezaubernden Anblick des Mittelmeeres, begründeten. Jetzt sind es Deutschland und Rußland, die nach langen Jahren des Krieges und Nachkrieges in den Mauern der gleichen Stadt einen Vertrag unterzeichneten, der zwischen ihnen wieder normale und erprobte Friedensbeziehungen herstellen soll. Er sieht, wenn man nur die paar Paragraphen in Betracht zieht, aus denen er besteht, verhältnismäßig harmlos und unschädlich aus; nur wenn man sich etwas tiefer hineinkniet in die vulkanischen Erregungen der letzten Jahre, und nur wenn man sich an die ungeheuren Schwierigkeiten erinnert, mit denen Rußland heute zu kämpfen hat, dann ahnt man wohl ohne weiteres, daß dieser Vertrag mehr bezeugt, als ein Wortlaut ausdrückt. Manche Kreise des deutschen Volkes können das Gefühl nicht mehr loswerden, daß die Moskauer wie der leidhaftige Teufel, wenn sie erst einmal den kleinen Finger haben, sehr bald den ganzen Menschen umklammert halten könnten; daß die deutsch-russische Grenze ungleich mehr noch, als es jetzt schon der Fall ist, nur auf den europäischen Karten zu sehen, in Wirklichkeit aber gar nichts mehr bedeuten könnte. Und auch einem deutsch-russischen Zweifels, aufmarschiert gegen eine Welt von sowjetfeindlichen Staaten, sehen sie nur mit Sorge entgegen, davon überzeugt, daß Deutschland damit sehr bald von seinem Partner mit Haut und Haaren verschlungen sein würde. Freilich gibt es auch andere Leute in Deutschland, die einen solchen Vertragsabschluß seit langem nachdrücklich befürworteten, und die deshalb seine Unterzeichnung gewiß gern als einen wichtigen politischen Fortschritt begrüßen möchten. Jedenfalls ist die Wirkung stark, die von der Unterzeichnung dieses Vertrages von Rapallo unmerkbar ausgeht.

Ein Sturm der Entrüstung hat sich auf die Kunde sofort besonders in den französischen, etwas abgeschwächt auch in den englischen Delegiertenkreisen der Konferenz erhoben. Man spricht von einem deutschen Verrat, von einem Schluß ins Gesicht der Konferenz, von deutschen Intriganten und Betrügnern und droht, die Konferenz abzusuchen, um seine Zeit und seine Mühe mehr auf die Arbeit mit Leuten zu verwenden, die sich des internationalen Vertrauens, das sie in Genua zuließ, unwürdig erwiesen hätten. Man ist in erster Reihe die Franzosen. Mit einem Schlage sehen sie sich aus der Vereinsamung erlöst, in die sie durch eigene Schuld geraten waren, sehen die Italiener und Engländer wieder an ihrer Seite, mehr oder minder erfüllt von Empörung über das, was in Rapallo geschehen ist. Wie weit dieses Aufreizen echt, wie weit es geübelt ist, wer kann es wissen. Tatsache ist, daß mit dem Abbruch der Konferenz geliebtegelte wird, Tatsache aber auch, daß schon wieder Kräfte am Werk sind, die es zu diesem äußersten nicht kommen lassen wollen. Aber die Franzosen lassen sich selbstverständlich, Meister des Wortes, die sie sind, alle Künste der Rede spielen, um Deutschland wieder einmal im Angefächte aller Völker als den Störer des Weltfriedens zu bezeichnen. Wenn zunächst die einladenden Staaten mit den Russen allein verhandeln, um sie für die Grundlage der Londoner Denkschrift zu gewinnen, so war das — natürlich! — ihr gutes Recht. Deutschland durfte sich nicht darüber beklagen, daß es von diesen Vorbereitungen ferngehalten wurde. Wenn aber nun Deutschland auch seinerseits Sonderverhandlungen mit Rußland, die übrigens schon vor Monaten in Berlin begonnen und dort im März so gut wie vollendet waren, in Rapallo wieder aufnehmen und zum Abschluß brachte, so war es ein Dolchstoß von hinten, ein türkischer Streich, ein zweites West-Itowff, und machte auch die Briten und Amerikaner, obwohl sie das „neue“ Deutschland zu repräsentieren vorgaben, ohne weiteres verhandlungsunfähig. Die Kreise der Konferenz zu Genua sind so von Deutschland jäh zerstört worden, und selbstverständlich muß Deutschland die politischen Folgen seiner Handlungsweise tragen.

Daß es so kommen würde, wer konnte darüber auch nur einen Augenblick im Zweifel sein. Die Herren Briten und Amerikaner, möchte man glauben, am allerwenigsten. Und wenn sie jetzt verschrien und verschämen lassen, daß der Vertrag mit den Russen ganz und gar nicht gegen die Kon-

ferenz von Genua gerichtet ist, daß er lediglich von dem untergeordnet gebliebenen Recht beider Länder Gebrauch macht, ihre gegenseitigen Beziehungen unter Wahrung der Rechte aller übrigen Staaten zu regeln, daß er helfen wolle, den Frieden in Mitteleuropa wieder aufzurichten und damit den Gesamtinteressen Europas zu dienen, so klingt das für uns Deutsche überzeugend genug. Daß sie aber unter allen Umständen, auch wenn die erste internationale Wirtschaftskonferenz in diesem Augenblick nicht vor entscheidenden Beschlüssen gestanden hätte, von der Gegenseite nur mit Ablehnung aufgenommen werden würden, darüber werden sich wohl auch die leitenden deutschen Delegierten klar gewesen sein. Was hat sie trotzdem veranlaßt, den entscheidenden Schritt gerade jetzt in Rapallo zu tun? Glaubten sie, durch eine mutige Tat den Eindruck der Stärke machen und so die Konferenz von Genua mit sich fortziehen zu können? Oder glaubten sie, daß es auf der Gegenseite zu einer Verständigung mit Rußland nicht kommen und daß Deutschland sich um deswillen rechtzeitig mit der Sowjetrepublik verständigen müsse, wenn es späterhin diese Verständigung nicht noch teurer erkaufen oder in eine rettungslose Abhängigkeit von dem Nachwillen der Entente geraten sollte? Man hat die Wahl zwischen solchen Meinungen und muß es dem Gange der Entwicklung überlassen, ob die Vernunft der Dinge sich durchsetzen oder ob der Unfriede siegen wird, an dem bisher noch a He Versuch gescheitert sind, die auseinandergeratene Welt wieder zu einiger Ordnung zurückzuführen.

Der Wortlaut des Vertrages.

Der Text des zwischen der deutschen Regierung und der Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik am 26. April 1922 zu Rapallo abgeschlossenen Vertrages hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung, vertreten durch Reichsminister Dr. Walter Rathenau, und die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, vertreten durch den Volkskommissar Tschischkewitsch, sind über nachstehende Bestimmungen übereingekommen: Artikel 1. Beide Regierungen sind darüber einig, daß die Auseinandersetzung zwischen dem Deutschen Reich und der RSFSR über die Fragen aus der Zeit des Krieges zwischen Deutschland und Rußland auf folgender Grundlage geregelt wird: A. Das Deutsche Reich und die RSFSR verzichten gegenseitig auf den Ertrag ihrer Kriegsschäden, sowie auf den Ertrag der Kriegsschäden, das heißt derjenigen Schäden, die ihnen und ihren Angehörigen in den Kriegsjahren durch militärische Maßnahmen einschließlich aller in Friedensland vorgenommenen Requisitionen entstanden sind. Dagegen verzichten beide Teile auf den Ertrag der Zivilschäden, die den Angehörigen des einen Teiles durch die sogenannten Kriegsausmaßgesetze oder durch Gewaltmaßnahmen staatlicher Organe des anderen Teiles verursacht worden sind. B. Die durch den Kriegszustand betroffenen öffentlichen und privaten Rechtsbeziehungen, einschließlich der Frage der Behandlung der in die Gewalt des anderen Teiles geratenen Handelsschiffe, werden nach dem Grundsatze der Gegenseitigkeit geregelt werden. C. Deutschland und Rußland verzichten gegenseitig auf Erstattung der beiderseitigen Aufwendungen für Kriegsgesandene, ebenfalls verzichtet die deutsche Regierung auf Erstattung der von ihr für die in Deutschland internierten Angehörigen der Roten Armee gemachten Aufwendungen. Die russische Regierung verzichtet ihrerseits auf Erstattung des Ertrages aus von Deutschland vorgenommenen Verkäufen des von diesem requirierten nach Deutschland gedachten Heeresgutes.

Artikel 2. Deutschland verzichtet auf die Ansprüche, die sich aus der bisherigen Anwendung der Gesetze und Maßnahmen der RSFSR auf deutsche Reichsangehörige oder ihre Privatvermögen sowie die Rechte des Deutschen Reiches und der Länder gegen Rußland, sowie aus den von der RSFSR oder ihren Organen sonst gegen Reichsangehörige oder ihre Privatvermögen getroffenen Maßnahmen ergeben, vorausgesetzt, daß die Regierung der RSFSR auch ähnliche Ansprüche dritter Staaten nicht betreibt.

Artikel 3. Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der RSFSR werden logisch wieder aufgenommen. Die Zulassung der beiderseitigen Konsuln wird durch ein besonderes Abkommen geregelt werden.

Artikel 4. Beide Regierungen sind sich ferner auch darüber einig, daß für die allgemeine Rechtsstellung der Angehörigen des einen Teiles im Gebiete des anderen Teiles und für die allgemeine Regelung der beiderseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der Grundsatze der Gleichberechtigung gelten soll. Der Grundsatze der Gleichberechtigung erstreckt sich nicht auf die Vorrechte und Erleichterungen, die die RSFSR einer Sowjetrepublik oder einem solchen Staate gewährt, der früher Bestandteil des ehemaligen russischen Reiches war.

Artikel 5. Die beiden Regierungen werden den wirtschaftlichen Bedürfnissen der beiden Länder in wohlwollendem Geiste wechselseitig entgegenkommen. Bei einer grundsätzlichen Regelung dieser Frage auf internationaler Basis werden sie in vorherigen Gedankenaustrausch eintreten. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, die ihr neuerdings mitgeteilten von Privatfirmen beschafften Vereinbarungen nach Möglichkeit zu unterstützen und ihre Durchführung zu erleichtern.

Artikel 6. Die Artikel 1 B und 4 dieses Vertrages treten mit der Ratifikation, die übrigen Bestimmungen dieses Vertrages treten sofort in Kraft.

Der Gegenstoß

Noch nicht in Form von Beschlüssen, sondern nur von Plänen wird über die Absichten der Entente gegen den neuen Vertrag berichtet, daß von den Alliierten drei Maßnahmen erwogen würden: 1. ein formeller

diplomatischer Protest gegen Deutschland, 2. Ausschluß Deutschlands aus der Konferenz, 3. Sonstige Zwangsmassnahmen seitens der Alliierten, um die Ratifizierung des deutsch-russischen Vertrages zu verhindern. Wahrscheinlich wird man jedoch nur den formellen Protest erheben, da ein Ausschluß Deutschlands von der Konferenz auch die Abreise der Russen und einiger kleinerer Delegationen zur Folge haben würde.

Vorausichtlich kein Abbruch.

Nach den ersten Stunden der Erregung hat sich das Bild in Genua etwas beruhigt. Selbst die Franzosen werden die Verhandlungen nicht abbrechen, sondern vielmehr im vollen Einvernehmen mit ihren Verbündeten handeln, und dem Vernehmen nach ist die Mehrzahl der an der Konferenz teilnehmenden Mächte der Ansicht, es dürfe auf keinen Fall zu einem Auseinanderfallen der Konferenz kommen, um so mehr, als dieses doch nichts an der geschaffenen Tatsache ändern würde. Doch sollen die Alliierten oder die einladenden Mächte sich darauf vorbereiten, durch den italienischen Ministerpräsidenten Facta bei der nächsten Gelegenheit, vielleicht auch durch ein offizielles Kommuniqué, den Deutschen und den Russen ein *non taceat* wegen ihres Vorgehens zu erteilen. Besonders wird betont, daß Lloyd George bereit für ruhige Überlegung eintritt und erklärt, daß keine Aktion unternommen werden dürfe, bevor sie nicht ernst erwogen sei.

Die Auffassung in Berlin.

In den amtlichen Stellen in Berlin, an denen man in dauernder telephonischer Verbindung mit Genua steht, nimmt man an, daß die Konferenz normal weitergehen wird. Die Störungen mit den Russen dürften allerdings voraussichtlich eine Verschiebung erfahren. Man weist die Auffassung zurück, daß die neuen Abmachungen gegen das Londoner Memorandum, soweit es sich auf Rußland bezieht, verstoßen. Dieses Londoner Memorandum hat die Forderungen, welche die Alliierten an Rußland stellen wollen, zum Gegenstand, und enthält in der Hauptsache Vorschläge für die Zukunft. Der deutsch-russische Vertrag soll eine Liquidierung der Vergangenheit darstellen und normale Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland schaffen, wie wir sie durch Abschluß von Handels- und Wirtschaftsverträgen mit anderen Staaten längst haben. Deutschland hat auch nicht bezweckt, eine Sonderaktion in Genua zu unternehmen. Der neue Vertrag nimmt sogar Bezug auf die schwebenden Verhandlungen zwischen Rußland und den Alliierten. Wie verlautet, haben sich die Sachverständigen im allgemeinen für den Abschluß des Vertrages ausgesprochen und zum Teil auch sehr viel Initiative in dieser Angelegenheit entwickelt. Es war seit langem bekannt, daß Verhandlungen zwischen Deutschland und Vertretern Rußlands über die Frage der Wiederherstellung normaler Beziehungen geführt wurden. Die ersten Besprechungen über den jetzt zum Abschluß gekommenen Vertrag liegen bereits acht Wochen zurück.

Das englische Memorandum über Rußland.

Das Gutachten der englischen Sachverständigen über die Wiederherstellung Europas enthält einen besonderen Bericht über Rußland. Er gliedert sich in drei Abschnitte. Im ersten wird u. a. betont, daß die Grundlage des Wiederaufbaues die Landwirtschaft sei. Hier wie auch dem industriellen Gebiet ständen der notwendige fremde Bestand und das notwendige fremde Kapital nur zur Verfügung, wenn man sich auf den guten Willen und die Mitarbeit der russischen Regierung verlassen könne. Der zweite Abschnitt befaßt sich mit den Bedingungen, unter denen ausländische Arbeitskräfte und ausländisches Kapital in den Dienst des Wiederaufbaues Rußlands gestellt werden können. Im dritten Abschnitt werden die Maßnahmen erörtert, durch die der sofortige Wiederaufbau Rußlands erleichtert werden könnte.

Telegraphisch wird gemeldet:

Besprechung Rathenaus mit Tschischkewitsch.

DA Genua. Es hat in Konferenzkreisen viel Aufsehen erregt, daß der deutsche Außenminister Dr. Rathenau eine lange Konferenz mit dem russischen Delegationsführer Tschischkewitsch hatte. Die Zustimmung über den deutsch-russischen Vertrag hat auch darin einen sehr bezeichnenden Ausdruck gefunden, daß der Presseempfang deutscher Journalisten bei der englischen Delegation plötzlich mit der Motivierung abgestellt wurde, man könne im gegenwärtigen Augenblick keinerlei Erklärungen abgeben.

Das „größte“ politische Ereignis.

Paris. In einer Besprechung des neuen deutsch-russischen Vertrages nennt das „Echo de Paris“ diesen Akt das größte politische Ereignis seit dem Waffenstillstand. Die alliierte Politik habe in Zukunft mit einer deutsch-russischen Einheitsfront zu rechnen. In erster Linie würden durch die neue mitteleuropäische Wählergruppierung die kleinen Staaten auf russischem und österreichischem Boden droht (1) sein. Die Konferenz von Genua sei gegenstandslos geworden.

Eine Stimme der Vernunft.

DA London. In einem Leitartikel schreibt „Daily Chronicle“, daß Lloyd Georges: „Die Unterzeichnung eines deutsch-russischen Vertrages in Rapallo am Sonntag sei der Zeit nach vielleicht nicht taktvoll, und werde den Kritikern viel Anlaß zu Gespötte geben, bei denen die deutsch-russischen Verhandlungen Argwohn und Furcht erwecken. Vernünftige Beobachter brauchen jedoch nichts an den Vertragsbestimmungen anzusehen. Der Vertrag stelle die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland

wieder her. Es sei kein neuer Grundtag aufgestellt, denn solche Beschlüsse befänden bereits zwischen Sowjetregierung und einer großen Anzahl von Regierungen, die in Genoa vertreten seien. Außerdem streichen beide Länder fast alle gegenseitigen Forderungen. Dies erweise als der einzige einseitige Weg in diesem Falle, wo beide Länder insoweit sind.

Zurückhaltung in Amerika.

Washington. Die Nachricht vom Abschluß des deutsch-russischen Vertrages macht hier keinen großen Eindruck. In amtlichen Kreisen meint man, daß Deutschland nicht über genügend Mittel verfügt, um Sowjetrußland aus dem Chaos herauszubringen. Deutschland würde sich an die Vereinigten Staaten wenden müssen, um die nötigen Geldmittel zu erhalten und die amerikanischen Geldleute wollen hierfür keine großen Summen zur Verfügung stellen. Aus diesen Gründen sieht man hier das tatsächliche Ergebnis des Vertrages als unwesentlich an.

Die Japaner erkennen die russische Regierung an. Tokio. Die verkauften, hat die japanische Regierung den Wunsch, als erste Regierung die Sowjetregierung anzuerkennen. Die Zustimmung des japanischen Kabinetts sei bereits erteilt worden und die japanischen Delegierten in Genoa seien in diesem Sinne instruiert.

Rathenau über den deutsch-russischen Vertrag.
Genoa, 19. April. (tu.) Zu englischen und amerikanischen Journalisten äußerte sich Rathenau gestern Abend über den deutsch-russischen Vertrag. Er betonte u. a., der Vertrag bedeutet nicht, daß der Versailler Vertrag von Deutschland und Rußland nicht mehr anerkannt wird.

Wie kann England dabei verdienen?
London, 19. April. (tu.) Aus den Auslassungen der Daily Mail geht hervor, daß Lloyd George alles tut, um dem deutschen Schritt günstige Seiten abzugewinnen. Das englische Ziel kann dabei nur sein, an Stelle der Separat-Aktion ein Abkommen aller in Genoa versammelten Staaten mit Rußland herbeizuführen. Die Väter einer Verschlechterung der öffentlichen Meinung trägt Deutschland.

Die Genauer Konferenz bis Ende April.
Genoa, 19. April. (tu.) Der italienische Finanzminister Peano erklärte, daß die Konferenz voraussichtlich bis Ende April dauern wird.

Das Abrüstungsproblem.

Ein Armeebefehl Trojki's.

Die Frage der „allgemeinen“ Abrüstung, die in Genoa von den Russen mit so großer Energie in Angriff genommen, von den Franzosen mit der gleichen Zähigkeit durchkreuzt und von Lloyd George mit äußerster Vorsicht behandelt wird, ist hinter den übrigen Fragen keineswegs ganz in den Hintergrund getreten. Die Ablehnung der an Frankreich gerichteten Aufforderung, abzurufen, verursacht in Moskau große Erregung. Die vorherrschende Stimmung kommt in einem Armeebefehl Trojki's zum Ausdruck, in dem dieser sagt, Rußland habe in Genoa die Initiative zur allgemeinen Abrüstung ergriffen, aber sein Vorschlag sei von der Tagesordnung gestrichen, und die Nachrichten-Agenturen der Entente hätten versucht, den Vorschlag selbst totzuschweigen. Der Vorschlag der russischen Delegation bedeute,

daß Rußland aufrichtig Frieden wünsche und zur Abrüstung bereit sei, wenn diejenigen, die bisher über Rußland hergefallen seien, gleichzeitig mit abrüsten. Frankreichs Weigerung bedeute, daß die kapitalistischen Länder, vor allem das siegreiche Frankreich, eine mächtige Waffe zur Unterdrückung der Schwachen und Wehrlosen in ihren Händen behalten wollten. Daß damit die Weigerung der Russen, alle Schulden zu bezahlen, nicht entkräftet wird, liegt auf der Hand. Ein russischer General erklärte hierzu: Von einer solchen Rückzahlung könne keine Rede sein. Rußland habe für die Finanzierung des Krieges durch die Alliierten mit seinem Blute bezahlt. Frankreich wäre sicher im ersten Anlauf August 1914 von Deutschland vernichtet worden, wenn Rußland es nicht in Ostpreußen entlastet hätte. Der General weist sodann nach, daß Rußland auch während des übrigen Verlaufes des Weltkrieges die Alliierten in den Augenblicken ihrer größten Not gerettet habe. Und dafür solle es zum Dank auch noch zahlen? Inmitten dieser Differenzen sucht Lloyd George vorsichtig nach gangbaren Wegen. Er heißt, er habe einen vollständigen euro-

päischen Abrüstungsplan in der Tasche. Die britische Ansicht sei kurz die, daß das in Washington abgeschlossene Viermächte-Abkommen unter den Mächten des Stillen Ozeans zunächst Frieden und dann die Pläne für eine Einschränkung der Rüstungen geschaffen habe. Was die britische Delegation im Sinne habe, sei ein gegen Angriffe gerichtetes Abkommen, und wahrscheinlich werde es ein Abkommen auf zehn Jahre sein, an dem alle in Genoa vertretenen Nationen teilnehmen.

Post- und Eisenbahndienst am 1. Mai.

Einheitliche Regelung.

Die Reichsregierung hat für die Reichspost- und Eisenbahnverwaltung eine Regelung wegen des Dienstes am 1. Mai vorgenommen.

Beamte, Angestellte und Arbeiter, welche zur Teilnahme an einer Feier am 1. Mai dem Dienst oder der Arbeit fernbleiben wollen, haben rechtzeitig bei ihren Dienstvorgesetzten um Befreiung vom Dienste nachzusuchen. Solchen Anträgen ist grundsätzlich überaus insofern zu entsprechen, als dadurch die notwendige Fortführung des Dienstbetriebes nicht in Frage gestellt wird. Bei der Entscheidung über derartige Gesuche soll nicht engberzig verfahren werden. Die beantragte und bewilligte Freizeit ist bei Beamten und Angestellten auf den Erholungsurlaub anzurechnen. Das gleiche kann auf Wunsch bei Arbeitern geschehen. Wird von Arbeitern jedoch nicht ausdrücklich um Anrechnung auf den Erholungsurlaub nachgesucht, so wird nach den Bestimmungen der Lohnkarte für die Dauer der Arbeitsverhinderung Lohn nicht gewährt. Für die Bezüge, in denen der 1. Mai landesgesetzlich als Feiertag erklärt ist, werden besondere Anordnungen getroffen. Für die übrigen Reichsverwaltungen sollen entsprechende Grundzüge gelten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Vollständige deutsch-polnische Einigung in Genf.

Nachdem schon im Prinzip zwischen der deutschen und der polnischen Kommission der Kompromißantrag über die strittigen ober-schlesischen Fragen in Genf erfolgt war, ist nach zweitägiger Verhandlung zwischen den beiden Bevollmächtigten Reichsminister a. D. Schiffer und Minister Dłuzowski auch eine restlose Einigung über die noch übriggebliebenen Streitpunkte erzielt worden, insbesondere über Rechtsnachfolge für Minderheitsrechte und die Sprachen- und Schulfrage. Ein Schiedsspruch über diese Punkte erübrigt sich damit.

Abbau der fremden Abrüstungskommissionen.

Der Oberste Rat in Paris hat der deutschen Regierung eine neue Note mit der Mitteilung zugehen lassen, wonach der Abbau der kostspieligen und drückenden Abrüstungskommission der Entente in Deutschland und die Überweisung ihrer Aufgaben an eine kleine Kontrollkommission beabsichtigt ist. Weiter ist mitgeteilt worden, daß der Bau von Flugzeugen — ausgenommen Kampfflugzeuge — vom 5. Mai ab wieder gestattet ist.

Rapp in Untersuchungshaft.

Am Ostermontag ist Dr. Rapp, von Schweden kommend, in Sahnitz eingetroffen und beim Verlassen des Bahnhofs auf Grund des seinerzeit erlassenen Steckbriefes verhaftet worden. Er ist sodann mit dem D-Zug über Straßburg-Berlin nach Leipzig in das Untersuchungsgefängnis gebracht worden.

Der Gewerkschaftsbund zur Genoa-Konferenz.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund veröffentlicht seine Denkschrift für die Konferenz von Genoa. Er kommt darin zu dem Schluss, daß die Ursache der weltwirtschaftlichen Störungen und der unerhörten großen Arbeitslosigkeit der Mangel an Kaufkraft ist. Als Abheilungsmittel dagegen nennt er „produktive Wirtschaftshilfe für die leidende Menschheit“, und verlangt den Aufbau einer streng geregelten Wirtschaftsführung.

Türkei.
X Franzosenfeindliche Bewegung in Kleinasien. In Damaskus erfolgte große antifranzösische Kundgebungen. Die Anführer wurden verhaftet. Die Bewegung breitete sich auch über Beirut aus. Die Franzosen gingen gegen die Anführer in Damaskus mit aller Strenge vor. Mehrere Personen sollen verwundet oder getötet sein. Die Stadt wurde von 1200 Mann französischer Truppen besetzt und der Kriegszustand proklamiert.

Aus In- und Ausland.
Berlin. Für die Altershilfe des deutschen Volkes gingen in Hamburg bisher 1065 133 Mark ein.
London. Wie gemeldet wird, wurde in Dublin ein Mordanschlag auf den Politiker Michael Collins verübt. Es wurden sechs Schüsse abgegeben, die aber keine Opfer forderten. In Dublin herrscht Panik.
New York. Das nordamerikanische Repräsentantenhaus hat den Vorschlag des Präsidenten Harding angenommen, die Kopfstärke der amerikanischen Marine auf 86 000 Mann festzusetzen.
Washington. Der Senat hat eine Entschleunigung angenommen, die das zurzeit geltende Gesetz über die Einschränkung der Einwanderungen bis zum 1. Juni 1924 verlängert.

Nah und Fern.
O Die Mitteldeutsche Ausstellung verzögert. Durch den in Magdeburg herrschenden Ausbruch der Zimmerer, dem die Aussperrung sämtlicher Bauhandwerker folgte, ist sowohl die rechtzeitig, zum 1. Juni geplante Eröffnung der Mitteldeutschen Ausstellung als auch die rechtzeitige Übergabe der auf die Ausstellung zuführenden Stribrücke über die Elbe in Frage gestellt. Der Eröffnungstermin der Ausstellung wird noch bekanntgegeben.

O Überschwemmungen in Nordamerika. Nach einer Meldung aus Chicago nehmen die Überschwemmungen des Mississippi, Ohio und Missouri außerordentlich schweren Umfang an. Die Flüsse und ihre Nebenflüsse sind durch den seit Wochen anhaltenden Regen übergetreten und haben auf Hunderten von Kilometern die Häuser weggeschwemmt und die gesamte Ernte vernichtet.

Neueste Meldungen.

Flugdienst nach dem Osten.
Königsberg. Der tägliche Flugdienst von Berlin nach Königsberg und von Königsberg nach den Randstaaten (Mga und Nowo) wird in den ersten Monaten in Betrieb genommen werden. Die Postflugverbindung Königsberg—Moskau hingegen dürfte erst etwas später aufgenommen werden, bis die große Halle des Königsberger Flughafens fertiggestellt oder bis ein umfassendes provisorisches Flugfeld errichtet ist. In Bielefeld wird ein kleinerer Flughafen angelegt, um Zwischenlandungen bei den Flügen Königsberg—Moskau regelmäßig vornehmen zu können.

Schweizerische Zahlungen.
Wien. In den nächsten Tagen begibt sich ein Regierungsvertreter zu einer Pariser Konferenz über die Aufhebung der österreichischen Eisenbahnschuldverschreibungen unter die Nationalstaaten. Die Inhaber dieser Stücke haben wegen der ungelärten Rechtslage bisher keinerlei Zinsen erhalten.

Unruhen in Damaskus.
London. „Morning Post“ meldet, daß in Damaskus ernste antifranzösische Kundgebungen stattgefunden haben. Die Führer der Bewegung seien verhaftet worden. Über die Stadt wurde der Belagerungszustand proklamiert.

Der Atlantik-Flug.
Lissabon. Ein portugiesisches Wasserflugzeug ist von Portugal über St. Vincent kommend, auf dem Kap Verdeischen Inseln gelandet. Es handelt sich allem Anschein nach um die Vollendung einer weiteren Etappe des Fluges über den Atlantik, der am 30. März in Los Palmas begonnen wurde.

Eine Kopfsteuer in Sowjetrußland.
Moskau. Angesichts der trostlosen Lage der russischen Staatsfinanzen hat der Rat der Volkskommissare die Einführung einer allgemeinen Kopfsteuer angedacht, deren Höhe für verschiedene Volksschichten verschieden ist. Die geringste Steuer beträgt 300 000 Sowjetrubel, die höchste 3 Millionen Sowjetrubel jährlich.

„Wem nie durch Liebe Leid geschah...“

Roman von Erich Griese.

25] (Nachdruck verboten.)

Kopfschüttelnd entfernte sich das Weib. Lange, lange verharrete Felle in derselben Stellung. Ihre Schläfen hämmerten, ihre Pulse flozen. Die Wärterin näherte sich ihr — Felle sah es nicht. Der Arzt rüttelte sie beim Arm — sie fühlte es nicht. Draußen tobte der Sturm um die hohen Gefängnismauern und rasselte an den vergitterten Fenstern — sie hörte es nicht —

Als ihre Gedanken wirbelten durcheinander. Sie meinte, wahrscheinlich werden zu müssen. Was tun, um Gott zu beschützen, auf daß er sie nicht strafe, indem er ihr sandhaftes Bitten erfüllt und ihr das Kind nehme. Sie sank in die Knie.

„O mein Gott, mein Gott dort droben, höre mich! Lechte sie mit emporgestreckten Händen. Strafe mich wie Du willst! Aber laß mir mein Kind! Laß mir das Einzige, was mir in meinem Unglück noch geblieben ist!“

Als sie sich langsam von den Knien erhob, sah sie wie eine wunderbare Ruhe über sie gekommen war. Still setzte sie sich neben das Bettchen und nahm eines der hiehergehenden Händchen in die ihren.

Eine Stunde verging. Zwei Stunden vergingen. Die ganze Nacht verging. Der Morgen dämmerte heran. Die arme Mutter am Krankenbett ihres Kindes wies jede Nahrung zurück. Still lag sie da und wartete, ob Gott der Allmächtige ihr heißes Flehen erhören oder sie in tiefste Verzweiflung stoßen würde.

Inzwischen hatte der Sturm sich gelegt; die Regenschatten waren geschwunden. Hell und klar stieg die Sonne am blauen Himmel empor, lugte oben durchs offene, vergitterte Fenster, spielte mit den blonden Locken des Kindes, daß sie wie Gold erschimmerten und spiegelte sich in den gläubig emporgewandten Augen der jungen Mutter. . . .

Gegen Mittag sah sie Felle, wie die Fieberhige in dem kleinen Körper nachließ. Die Wenzelge wurden höher, die liegenden Pulschläge langsamer.

Als der Arzt kam, um — wie er meinte — den Totentabletten auszuwechseln, war er höchst erstaunt, den kleinen Walter auf dem Wege der Besserung zu finden.

„Ein reines Wunder!“ murmelte er kopfschüttelnd und blickte sich zu einer anderen Kranken.

Felle aber sah selig lächelnd neben dem Lager ihres Kindes. Ihre Lippen bewegten sich in stillem Dankgebet.

XIV.

Von Tag zu Tag steigerten sich die künstlerischen und sekundären Erfolge der Taucher'schen Gastspiele, die der Direktor immer weiter ausdehnte. Er hatte die Leitung seines händigen Theaters seinem bewährten Oberregisseur als stellvertretenden Direktor überlassen und beehrte seine „Elite-Truppe“ — wie er sie mit berechtigtem Stolz nannte — selbst auf ihren Reisen.

Winfried Holm und Sigrid Arnoldsen waren nach wie vor die Hauptanziehungspunkte; besonders über Holms künstlerische Leistungen waren Kritik wie Publikum des Lobes voll.

Ueber ein halbes Jahr war verfloßen, seit Felle Holm wegen Schicksalshung zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt worden war.

Winfried hatte seine unglückliche Gattin nicht vergessen — o nein. Aber die fünf mit ihr verlebten Monate ungestörten Glücks verankerten mehr und mehr hinter ihm wie ein schöner Traum — zumal er in seinem bewegten Leben nicht viel zum Nachdenken kam. Nicht nicht die large Zeit seiner Ehe einem Wristag? Erst Sonnenschein, dann Regen, Gewitter und Sturm. . . .

Selt vielen Wochen hatte er nichts von Felle gehört. Als sein Sohn geboren war, hatte man ihm diese Tatsache kurz und amtlich mitgeteilt — gleichzeitig mit der Erlaubnis, „außer der Zeit“ seine Frau besuchen zu dürfen.

Er konnte von dieser Erlaubnis keinen Gebrauch machen, da er unabhömmlich war. Er schrieb nur an seine Frau, aber dieser Brief war unbeantwortet geblieben.

Seitdem war es, als wäre Felle fortgewischt aus seinem Leben, das er mit Feuerwerk jetzt seiner Kunst weihte. . . .

In einem feuchten Herbsttag war es. Die Taucher'sche Gesellschaft hatte für einen Monat ihre Felle in der Universitätsstadt Bonn aufgeschlagen, wo sie, wie überall, Triumphe einheimste.

Ein neues Stück sollte am Abend gegeben werden, und Holm begab sich nach dem Mittagessen, das er, wie die meisten seiner Kollegen, im Restaurant einnahm, auf den Weg zu Sigrid Arnoldsen, um sich ihren Rat in einer für ihn wichtigen Angelegenheit einzuholen.

Langsam schlenderte er durch die sauberen, freundlichen Straßen hinunter zum Rhein, wo Sigrid sich in einer kleinen, hinter Bäumen und Buschwerk halberdeckten Villa, eingemietet hatte.

Der Herbstwind rauschte in den Laubbäumen.

Stirnernd fiel das gelbe Laub zur Erde. Die letzten Ahorn und Georginen in den Gärten waren bereits verwelkt oder vom Nachtfrost gestreift. Kein Vogelgefang mehr. Kein wärmender Sonnenschein.

Herbststimmung. . . .

Vielleicht war es die Franer und Schwermit in der Natur ringsum, daß Winfrieds Gedanken sich heute mehr als sonst mit Felle beschäftigten.

„Armes Kind! So jung noch und bereits von solch tragischem Schicksal betroffen!“ Und für ihn hatte sie ihre Freiheit geopfert, um ihm das Feld zu beschaffen, das er in leichtsinniger Weise verloren hatte! Aber wer hatte sie auch gebohren, solch extremen Schritt zu tun? Hatte er ihr Vorhaben geahnt, er würde sie davon abgehalten haben — wenn nötig, mit Gewalt; denn

niemals hätte er zugegeben, daß sie um feinstenwillen ein Verbrechen beging. . . . Aber das war eben ganz Felle's Natur; aufopferungsfähig bis zum äußersten, wo sie liebte, aber koplos und ohne Ueberlegung sich hineinlassend in das, was ihr Impuls ihr im Augenblick vorsah! Wie oft hatte er sie vor allzu impulsivem Handeln gewarnt! Er trug keine Schuld an ihrem tragischen Schicksal — nein, gewiß nicht —

Dann schweiften seine Gedanken zu Sigrid Arnoldsen — zu seiner Kollegin und Freundin, der er, wie er meinte, sein ganzes Können verdankte.

Wie edel und fürsorglich hatte sie sich gegen Felle genommen — damals, als das Unglück über sie hereinbrochen war! Wie glücklich mußte er sein, daß er sich ihr Freund nennen durfte —

Sigrid sah in ihrem kleinen Wohnzimmer am Schreibtisch, als das Mädchen ihr Herrn Holm meldete.

Ein rosiger Schimmer ergoß sich über ihr in leuchtender ein wenig bleicher gewordenen schönes Gesicht.

„Ich lasse bitten.“

Bei Holms Eintritt stand sie auf und bot ihm die Hand zum Gruß.

„Willkommen, lieber Freund! Was führt Sie zu mir?“ Er blickte sich um in dem einsach, aber gemütlich angelegten Zimmer, dem die Bewohnerin durch all ihre Kleinigkeiten, wie Photographien und Blumengebüsse, ein eigenes Gepräge aufgedrückt hatte.

„Wie beglückend es hier war! Götterfrauenhaft!“

Er unterdrückte einen leisen Seufzer und nahm Sigrid gegenüber am Fenster Platz, von wo aus man einen weiten Ausblick genoss über die in trüger Langsamkeit verüberrollenden Fluten des Rheinstroms.

„Ich möchte mir einen Rat von Ihnen erbitten, bevor ich meine Kollegin, Deute früh erblickt in diesen Ort.“

Sitzung des Bezirksauschusses der Amtshauptmannschaft Meißen

am 11. April 1922.
(Fortsetzung und Schluß.)

Zur Versorgung der Pflegelinge und Steden im „Weltinstit“ und der Jünglinge im Erziehungsheim Bohnisch mit Milch hat sich die Beschaffung weiterer Milchkühe nötig gemacht. Da die Amtshauptmannschaft mehrere günstige Angebote erhalten hatte, die Preise für Vieh aber von Woche zu Woche steigen, sind nach Begutachtung des Bezirksauschusses dieses Gutsbesitzer Trosch in den letzten 14 Tagen bereits für jede der beiden Anstalten zwei Kühe gekauft worden, die auch der Bewirtschaftung der Anstaltsgrundstücke zugute kommen werden. Der Bezirksauschuss genehmigt auf Vorschlag des Amtshauptmanns nachträglich die Anschaffungen.

Nachdem die durch das Vollzugsgezet zum Landessteuergesetz begründete Verpflichtung der Bezirksverbände, einen Teil der von ihnen bei Verkäufen von gemeindefreien Grundstücken erhobenen Zuschläge zur Grunderwerbssteuer an die betreffenden Schulgemeinden abzuführen, durch das Gesetz über die Aufhebung der Schulgemeinden gegenstandslos geworden ist, beschloß der Bezirksauschuss gemäß Vorschlag des Amtshauptmanns, der Bezirksversammlung einen entsprechenden Nachtrag zu der Grunderwerbssteuerordnung des Bezirks, nach dem die Zuschläge künftig in voller Höhe der Bezirkskasse zuzuführen, zur Annahme zu empfehlen.

Bereits in den Haushaltsplänen für die beiden letzten Jahre war ein Betrag für Jugendfürsorge eingestellt worden. Gelegentlich eines Beschlusses der Stadt Riesa hatte der Kreisauschuss dahin entschieden, daß es noch eines ausdrücklichen Beschlusses der Bezirksversammlung bedürfte, durch den die Jugendfürsorge — was nach dem Gesetz vom 16. Oktober 1914 zulässig ist — zur Bezirksaufgabe erklärt werde. Auch im Haushaltsplan für das kommende Jahr ist ein Betrag von 10000 Mark für Jugendfürsorge vorgesehen. Der Amtshauptmann bezeichnet es daher als wünschenswert und, um die Betreibungen in der Jugendfürsorge zusammenzufassen und besser, als bisher, fördern zu können, auch als zweckmäßig, der Anregung der Kreis- hauptmannschaft zu folgen und die Jugendfürsorge, die nicht weniger wichtig ist, als die gezielte Wohlfahrtspflege (Schulung, Kleinfürsorge usw.) zur Bezirksaufgabe zu erklären, wobei aber den Gemeinden und den bereits bestehenden oder noch zu gründenden Jugendorganisationen freie Betätigungsmöglichkeit gewahrt bleiben solle, da ihnen hier natürlich immer die hauptsächlichste praktische Arbeit zufallen werde. Die Tätigkeit des Bezirks solle bis zum Erlaß des zu erwartenden Reichsjugendgesetzes nur eine fördernde, unterstützende und anregende sein; um aber dem, was auf dem Gebiet der Jugendfürsorge von Bezirks wegen bisher bereits geschehen sei und auch künftig unter allmählichem Ausbau weiter geschehen müsse, eine gesetzliche Grundlage zu geben, erlaube die Erklärung der Jugendfürsorge zur Bezirksaufgabe notwendig. Gemeindefreier Teil, Geschäftsführer Schmidt und Trepte traten diesen Ausführungen bei, während sich Gutsbesitzer Schreiber und Bürgermeister Wendorf gegen einen dahingehenden Beschluß, vielmehr dafür aussprachen, zunächst die Verabschiedung der Gemeindefreier abzuwarten. Dem schlossen sich die anderen Mitglieder des Bezirksauschusses an. Es wurde dann nach weiterer Aussprache der Beschluß gefaßt, die 10000 Mark, die im Haushaltsplan für die Jugendfürsorge vorgesehen sind, dort zu streichen, den Betrag aber, um die bisherigen und künftig in Aussicht genommenen Unterstützungen an die Jugendorganisationen gewähren zu können, aus verfügbaren Mitteln bereitzustellen.

Zur Aussprache kam alsdann die Frage der Beschaffung kinematographischer Apparate im Bezirk, die in letzter Zeit von verschiedenen Seiten, insbesondere auch dem Deutschen Verein für ländliche Wohlfahrtspflege, angeregt worden ist. Amtshauptmann Dr. Sievert führte aus, daß die Beschaffung von guten Kinos mit guten Filmen für das Land zweifellos wichtig sei und aus vielen Gründen die Förderung verdiene, daß es aber nicht für möglich und durchführbar ansehe, den Betrieb und den Betrieb von Kinos von Bezirks wegen in die Hand zu nehmen, das verbiere sich zurzeit schon aus finanziellen Gründen. Es lägen zwar von verschiedenen Kreisen verschiedentlich Rentabilitätsberechnungen für die sogenannten Kreis- kinos vor, sie seien aber für hiesige Verhältnisse kaum anwendbar. Die Beschaffung und den Betrieb von Kinos überlasse man besser örtlichen Organisationen, landwirtschaftlichen Vereinen, Schulverbänden usw. Hauptfrage sei natürlich die — wernt, mietweise — Beschaffung guter Filme, insbesondere auch solcher der Natur (Wohlfahrtspflege, Hygiene, Technik usw.). Er schloß daher vor, die Angelegenheit dadurch zu fördern, daß der Bezirk auf Anträge zur Beschaffung von Kinos und Filmen event. Beihilfen gewährt. Der Bezirksauschuss beschloß demgemäß.

Die Rechnung der Kasse des gemeindefreien Gewerbebezirks für Gemeinden im Bezirk der Amtshauptmannschaft Meißen auf das Jahr 1921 wurde richtiggeprüft, dem Kassierer Entlastung erteilt und die Umlage des Reichsbetrags auf die Verbandsgemeinden genehmigt.

Beitrag genehmigte der Bezirksauschuss teilweise unter der Bedingung gewisser Vertragsänderungen, auf Vorschlag des Amtshauptmanns, die Beiträge über die Vereinigung der Rittergüter Dörschütz, Rauschitz, Graupzig, Klippshausen, Choten und Schletta mit den gleichnamigen Gemeinden. — Ferner beschloß der Bezirksauschuss auf Vorschlag des Rechnungsrates Dr. Jald die Erteilung der Genehmigung zum Beitritt der Gemeinde Weiskatal zu dem Verbande „Kreditanstalt sächsischer Gemeinden in Dresden“ und die Befürwortung des V. Antrages zur Gemeindefreierordnung für die Gemeinde Sobentanne über die Erhebung einer Zuwachssteuer und der Verbandslagen für den Hebammenbezirk Meißen. Grundstücksvergleicherungen wurden genehmigt in den Gemeinden Augustsburg, Coswig, Röhndorf und Weindöhlen. Bedingungsweise genehmigt wurde nach Vortrag des Rats Dr. Wölke ein Antrag der Deutschen Rüstler- u. Gef. in Rößig auf Erteilung der Erlaubnis zur Erziehung eines Mischereigebäudes und eines Hangenneubaus mit Streuberei dafelbst und ein Gesuch des Gutsbesitzers Dieze in Hennig auf Erteilung der Erlaubnis zum Einbau einer Schlächtereinrichtung in seinem Wohngebäude in Hennig. — Auf Vorschlag des Amtshauptmanns beschloß der Bezirksauschuss die Genehmigung der Satzungen des die Gemeinden Burthardswalde, Großsch, Künzig, Rothschönberg und Samedowalbe umfassenden Gemeindefreierverbandes zur Aufstellung einer Landpflegerin unter der Bedingung, daß in den Satzungen noch einige Änderungen getroffen werden.

Amtshauptmann Dr. Sievert machte weiter Mitteilung von der gegenwärtigen Besetzung des Pflegeheims „Weltinstit“ in Coswig. Von den 136 Insassen seien 75 weibliche und 61 männliche, 90 Steden und Pflegelinge seien im Stütz von Ortsarmenverbänden des Bezirkes untergebracht, und zwar 45 weibliche und 45 männliche. Der Rest entfällt auf die durch Vermittlung der Landesversicherungsanstalt oder als Selbstzahler aufgenommene Insassen. Der Bezirksauschuss nahm Kenntnis.

Der Vorstand des Verbandes der sächsischen Bezirksverbände hat die Beteiligung der Bezirksverbände an der Errichtung von Kindererholungsheimen auf der Insel Siddenlee b. Rügen angeregt und ersucht um Mitteilung mit welcher Beteiligung sich die einzelnen Bezirksverbände an der Errichtung eines Kindererholungsheims voranschließen befehlen würden. Bei der Unschärfe, welche finanziellen Pflichten sich für den Bezirk angeht, der immer weiter steigenden Leistung und der fortgesetzten zu erwartenden Erhöhung der Pflegekosten aus einer derartigen Beteiligung ergeben würden, beschloß der Bezirksauschuss entsprechend dem Vorschlag des Amtshauptmanns, vorläufig auf eine Beteiligung zu verzichten, dafür aber, wie bisher, über die Unterbringung von Kindern zu Erholungswecken Verträge mit bereits bestehenden Heimen abzuschließen. — Die Ortsgruppen der Bezirksauschüsse für Jugendpflege haben seit 1915 Unterstützungen aus Bezirksmitteln in Höhe von

50—100 Mark erhalten. Die fortwährende Geldbewertung mache eine Erhöhung der Beihilfen erforderlich. Der Amtshauptmann schloß vor, auf das Jahr 1921 für die Ortsgruppen in Brodwin, Coswig und Siebenlehn je 250 Mk., zusammen 750 Mk., für Reinsberg 200 Mk., für Niederan, Weindöhlen und Kesselsdorf je 150 Mk., zusammen 450 Mk., und für Rößen 750 Mk., insgesamt 2150 Mk., zu gewähren. Der Bezirksauschuss beschloß vorschlagsgemäß.

Der Amtshauptmann berichtete dann über den bereits seit einiger Zeit erwogenen und erörterten Plan der Beschaffung eines Bezirkskrankenkräftwagens. Bei den großen Entfernungen, wie sie der Meißner Bezirk aufweise, werde die stundenlange Beförderung für die Kranken oder Verletzten oft zur Qual. Auch sei es in Fällen, wo schnelle Hilfe nötig sei (z. B. bei Blinddarmentzündungen, Unfällen u. dgl.) von großem Wert, die Kranken den Krankenhäusern mit Kraftwagen zur Operation zuzuführen; manches Menschenleben könne dadurch gerettet werden. In Sachsen seien bisher zwei Bezirke im Besitze eines Krankenkräftwagens, die damit gemachten Erfahrungen sollen günstig sein. Als Stationsort könne für den Wagen natürlich nur Meißen in Frage kommen. Die Anschaffungskosten des Wagens würden aus verfügbaren Bezirksmitteln gedeckt werden können. Zu den Transportkosten würden die Ortskrankenstellen und die Krankenhäuserverbände auf Grund eines aufzustellenden Ortsgesetzes mit herangezogen werden können. Nach Unterlegung der Anregung durch Gemeindevorstand Glöckner und Bürgermeister Wendorf, der den ich in Aussicht genommenen weiteren Ausbau des Unfallmeldebienens auch zur zweckmäßigen Ausnutzung des Krankenkräftwagens als wünschenswert bezeichnete, erklärte sich der Bezirksauschuss grundsätzlich und einstimmig mit dem Plane der Anschaffung eines Bezirkskrankenkräftwagens einverstanden.

Durch das Vollzugsgezet zum Landessteuergesetz sind, wie der Amtshauptmann weiter mitteilte, die wesentlichen Bestimmungen für die Bezirksumlage des Bezirksverbands Meißen im Jahre 1916 aufgestellten Bezirkssteuerordnung unzulässig geworden. Während nach dem darin festgelegten Steuersatz die Bezirksumlagen von den Steuerpflichtigen zu gleichen Teilen nach dem Verhältnis der im tausenden Jahre zu zahlenden Staatsgrund- und Staatsseinkommensteuer zu zahlen waren, bestimmte das Vollzugsgezet, daß bei der Umlage die 3/4 betragte zurunde zu legen seien, die in jedem Gemeinde- oder Gutsbezirke im vorletzten Rechnungsjahre an Reichseinkommensteuer, Körperschaftsteuer, Grunderwerb- und Umsatz- u. Staatsgrundsteuer aufgebracht worden seien. Der frühere Steuersatz dürfe also nicht mehr ohne weiteres angewendet werden. Ein Antrag, für den Meißner Bezirk von dem gesetzlichen Steuersatz gemäß § 3 des Vollzugsgesetzes eine Ausnahme zu beschließen, liegt nicht vor, weil die jetzigen Steuern die Einkommen vom Grundbesitz und die sonstigen Einkommen gleichmäßig erfassen. Der Amtshauptmann schloß deshalb vor, die Bezirkssteuerordnung und den dazu gehörigen Steuerfuß außer Kraft zu setzen und die Bezirksumlage künftig nach den Bestimmungen des Vollzugsgesetzes zu erheben. Der Bezirksauschuss beschloß, der Bezirksversammlung diesen Vorschlag beizustimmen und zu empfehlen. — Nach Genehmigung eines neunten Nachtrages zu den rev. Satzungen des Wasserwerkes des Gemeindefreierverbandes Coswig und Rößig berichtete Amtshauptmann Dr. Sievert zum Schluß noch über Aufstellung einer Gebühreordnung für den Bezirksverband. Der Bezirksverband sei auf Grund von Art. 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Änderung des Verwaltungsverhältnisses berechtigt, für seine Amtsbezirke in seinem Geschäftsbereiche Gebühren zu erheben. Der Bezirksauschuss beschloß, der Bezirksversammlung den vom Vorstand des Verbandes der Bezirksverbände empfohlenen Entwurf einer Gebühreordnung zur Genehmigung vorzuschlagen.

Nach Erledigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erbat Gemeindefreier Teil in Brodwin das Wort, um den Ausführungen des Gemeindevorstandes Rißke in Scharfenberg aus dem letzten Antrage der Amtshauptmannschaft entgegenzutreten. Gemeindevorstand Rißke hätte dort den Landwirten zu die Lieferung von Kartoffeln an die Arbeiterwohnstätten gebaut, obwohl die Lieferung an die in Frage kommenden Gemeinden eine ungenügende gewesen sei. Gemeindefreier Teil hob hervor, daß die Versorgung der Gemeinden Brodwin und Sornitz mit Kartoffeln völlig unzureichend sei und bemängelte auch die Arbeit des Landwirtschaftlichen Bezirksverbandes als Verteilungsgesellschaft des Bezirkes. Jetzt seien Kartoffeln nur noch zu hohen Preisen zu erhalten. Amtshauptmann Dr. Sievert erklärte dazu, daß Gemeindevorstand Rißke auf dem Antrage darauf bedacht habe, daß die Frage der Kartoffellieferung dort mit der Lieferung an die Arbeiterwohnstätten an die Gemeindevorstände und landwirtschaftlichen Vertrauensmänner auch dort die Bitte ausgesprochen worden sei, alle noch verfügbaren Kartoffeln an die notleidenden industriellen und Arbeiterwohnstätten der Gemeinden des Bezirkes und an die Stadt Meißen zu liefern. Er wiederholte auch heute diese Bitte. Landtagsabgeordneter Schreiber verteidigte sich mit aller Entschiedenheit gegen den Vorwurf des Gemeindefreier Teil, daß die Landwirte in Sachen der Kartoffellieferung ihre Pflicht veräußert hätten. Nachdem sie im Herbst unter dem Druck der Straße Kartoffeln zum Preise von 50 Mk. für den Zentner geliefert hätten, müßten sie jetzt Saatkartoffeln zum Preise von 250 Mk. den Zentner zukaufen. Er spreche damit leider auch aus eigener Erfahrung. Er habe aus seinem Gut Kartoffeln zu billigen Preisen abgegeben und sei gezwungen, jetzt zu dem Vielfachen dieses Preises Saatkartoffeln zu erwerben. Der größte Teil der Landwirte habe ferner zu Beginn des Wirtschaftsjahres das Getreide ausgedroschen und auch das von der Umlage nicht erhaltene Getreide zum Preise von nur 200 Mk. den Zentner abgegeben, während nach dem letzten Stande der Markt der Zentner Getreide das Vielfache dieses Betrages wert sei. Diese fatalistische Preisbildung hänge lediglich mit der Erfüllungspolitik der Regierung zusammen, die den Preis der deutschen Markt auf ein Nichts herabgedrückt habe. In der weiteren Aussprache beteiligte sich auch Geschäftsführer Trepte, der in Abweichung von dem im vorigen Jahr eingenommenen Standpunkt den Wunsch aussprach, daß die Kartoffel wieder in Zwangswirtschaft genommen werde, da die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln versagt habe. Gutsbesitzer Schreiber ergriff nochmals das Wort und wies auf eine kürzlich im Wirtschaftsministerium stattgefundene Verhandlung hin, in der der Minister selbst teilgenommen habe, daß Sachien nur ein Drittel seines Kartoffelbedarfs selbst erbaue. Die Landwirte des Meißner Bezirkes könnten ihre Kartoffeln nicht nur an die Gemeinden des Bezirkes liefern, die Großstädte seien auch mit zu bedenken. Daher sei es kein Wunder, wenn die Kartoffeln auch in den Gemeinden des Meißner Bezirkes nicht zulangten. Sollte die Kartoffel wieder in Zwangswirtschaft genommen werden, so würden mit denselben Kosten auch andere im Preise wertvollere Bedürfnisse des täglichen Bedarfs, z. B. Schmalz, Textilwaren usw., zwangsweise hergestellt werden müssen. Ein ähnliches Verabreden der Preise unter den Erzeugerpreisen würde die Landwirte zwingen, die Kartoffelbaufläche stark zu vermindern, wodurch die Kartoffelnot nur vergrößert würde. Der Landwirtschaftliche Bezirksverband habe alles getan, was er habe tun können. Er (Schreiber) glaube nicht, daß noch große Bestände an Kartoffeln vorhanden seien. Gemeindefreier Teil gab zu, daß es Gutsbesitzer Schreiber als Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Bezirksverbandes an Mahnungen an die Landwirte nicht haben fehlen lassen; die Landwirte hätten aber eben die Meißner Gemeinden nicht genügend beliefert, nur bei Wiedereinführung der Zwangswirtschaft sei eine Besserung der Kartoffellieferung zu erwarten. Der Amtshauptmann bemerkte dazu, daß diese Frage nicht zur Zuständigkeit des Bezirksauschusses gehöre, sondern der dafür maßgebenden Reichs- und Landesstellen zu überlassen sei, und wies noch darauf hin, daß die bemängelten hohen Kartoffelpreise in den Großstädten nicht die Preise seien, die die Landwirte forderten, darin seien vielmehr die oft unangemessen hohen Händlergewinne, wie auch die hohen Frachtkosten usw., inbegriffen. Damit schloß die Debatte.

Es wurde dann vom Amtshauptmann noch eine Anfrage des Geschäftsführers Trepte wegen der Kostenverrechnung beantwortet und darauf hingewiesen, daß die mangelhafte Kosten-

versorgung ihre Ursachen lediglich in der zu geringen Belieferung der Kontingente durch den Reichsstatistikkommissar habe; sie sei über in allen Bezirken gleich schlecht. Der öffentlichen Sitzung folgte eine nichtöffentliche mit 0 Punkten.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 19. April.

— Der erste Schultag. Den neuen Schultagen stolz auf dem Rücken sind heute die kleinen Schulkinder, eskortiert von Vater oder Mutter, in das Schulhaus eingedrückt, das sie bisher mit einer gewissen Ehrfurcht nur von außen betrachtet haben. Ein wichtiger Lebensabschnitt beginnt damit für sie, die Schulklassen wird ihnen nun, zunächst auf 8 Jahre, die Welt, die ihr Denken und Sinnen fortan beschäftigen wird. Bisher lebten die Kleinen die schönsten Jahre ihres Lebens auf der glücklichen Insel der Kindheit. Mit dem ersten Schultag traten sie die Probefahrt an hinaus auf das Meer des öffentlichen Lebens. Von heute an hat das der Schule zugeführte Kind, das bisher nur Ansprüche zu machen gewöhnt war, auch Pflichten, wenn auch anfangs nur kleine, aber immerhin Pflichten zu erfüllen. Und die Eltern geben einen Teil ihrer Rechte am Kinde auf. Ein Fremder drängt sich mit in das Herz des Kindes. Der Lehrer wird um die Liebe der Kleinen, aber er übernimmt auch einen Teil der Sorgen um das Kind, vornehmlich der Sorgen um seinen Geist. Ein treuer Mitarbeiter des Elternhauses in der Erziehung der Lieblinge will der Lehrer sein, unbelümmert um die Herkunft der Kleinen. Nur eins wünscht er, daß man die Kinder nicht scheu macht vor der Schule, daß die Eltern ihm Vertrauen entgegenbringen und das Vertrauen der Kinder zu ihm nicht zerklüften. Was im elterlichen Hause verborben wird, macht der Lehrer nur selten gut. Die Schule kann trotz aller ihrer Bestrebungen immer nur die Wertarbeit zum Ausbau vorhandener Geistesfähigkeiten sein, während die Blanzstätte von Charaktereigenschaften doch stets das Elternhaus bleibt. Daß es in der Schule ernst zugeht, bekamen die kleinen Leute heute noch nicht zu erfahren. Der erste Schultag wurde ihnen zum „süßesten“ Tag ihres Lebens. Erst nach und nach tritt die Schule mit ihren Forderungen an die Schulkinder heran. Das pädagogische Geschick des Lehrers wird schnell das nötige Band des Vertrauens zwischen dem Lehrenden und den jungen Schülern herstellen. Möge allen Abc-Schülern der erste Schultag zu rechtem Segen werden!

— Der Weg ins Leben. Für Hunderttausende junger Mädels und Burschen bedeutet der heutige Tag der Anfang eines neuen Lebens. Die Oberglocken haben ausgeklungen, der Alttag fordert wieder seine Rechte. In den Fabrihallen, Kontoren und Ladenstuben und in den Handwerksstätten ist nunmehr der neue, eben der Schule entwachsene Nachwuchs eingezogen. Mit tausend frohen Erwartungen und in den meisten Fällen wohl auch mit dem ernstesten Vorsatz, etwas Nützliches zu lernen, nehmen Hunderttausende Lehrlinge die neue Arbeit auf. Mögen sie immer die richtigen Lehrmeister gefunden haben, die streng und gerecht, aber auch liebevoll und wahrhaft väterlich sich der Jugend annehmen, die demaleinst berufen sein soll, den Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu vollenden und zu festigen. Möchte der Jugend selbst aber auch immer der Vereiner der ersten Tage ihrer Lehrzeit erhalten bleiben, zu ihrem eigenen und zu des ganzen Volkes Nutzen. Verlockungen und falsche Führer für die Jugend gibt es heute unzählige; jeder ernste Mensch kann nur den ehrliehen Wunsch aussprechen, daß es unserer Jugend gegeben sein möge, frühzeitig selbst das Wahre von dem Unwahren zu unterscheiden.

— Vierzig Jahre Lehrleben, was bergen sie alles in sich! Wieviel Mühe und Verdruß, aber auch wieviel Sonne und Erhebung, wieviel Erfolg und Segen. Auf eine vierzigjährige Tätigkeit im Lehramte blicke, wie wir bereits meldeten, am Ostermontage Herr Oberlehrer Kantor Hienzig zurück. Ein treuer Mann wird viel gesegnet! Dieses Wort bewahrheitete sich in reichem Maße an dem Jubilar. Lieber und Dankbarkeit, Verehrung und Hochachtung wetteiferten miteinander, den Ehrenag in Klang zu tauchen. In früher Morgenstunde überraschten Liedertafel und Kirchenchor mit herrlichen Gesängen und dann erschienen Gratulanten in Menge, Vertreter der Behörden, Freunde und Verwandte, Abordnungen des Lehrerkollegiums, des Militärvereins, ehemalige Schüler und Verehrer des aufrechten Mannes. Viel Liebe sprach aus den schönen Worten, die gesprochen wurden, den Glückwünschen, die von allen Seiten eingingen. Mögen alle guten Wünsche in Erfüllung gehen. Möge über des Jubilars fernem Leben das Wort heiliger Schrift leuchtend geschrieben stehen: „Am den Abend wird es licht sein!“

— Vom bevorstehenden Volksbegehren. Die sächsische Regierung wird sich in der am Freitag stattfindenden Sitzung des Gesamtministeriums mit dem am Sonnabend vor Ostern von den Parteileitungen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei eingereichten Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens, auf Auflösung des Landtages befassen und wird in dieser Sitzung die Frist festlegen, während deren in sämtlichen Gemeinden Sachsens die vorgeschriebenen Einzugslisten ausgelegt werden sollen. In diese Listen haben sich dann alle die „Wahlberechtigten“ einzuschreiben, die zum Ausdruck bringen wollen, daß sie die Landtagsauflösung begehren. Wie der „Sächsische Zeitungsteil“ erfährt, besteht innerhalb der Regierung Geneigtheit, auf die Bestimmung des Gesetzes über das Volksbegehren zu verzichten, die vorsieht, daß der Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens durch 1000 Unterschriften Wahlberechtigter gedeckt werden muß. Die Regierung wird sich vielmehr, wie verlautet, nach der weiteren Bestimmung des Gesetzes über Volksbegehren richten, nach der die Beibringung von 1000 Unterschriften zum Antrag auf Volksbegehren erlassen werden kann, wenn die antragstellende Organisation glaubhaft machen kann, daß sie 20000 Mitglieder zählt. Da der Antrag von den Parteileitungen der beiden größten bürgerlichen Parteien zusammengestellt wurde, besteht natürlich kein Zweifel darüber, daß hinter den an-

tragenden Parteien die geforderte Anzahl Mitglieder stehen.

Eisenbahnverkehr. Die Annahmesperre für Frachtladungen nach Dresden-Friedrichstadt Ort und Uebergang ist aufgehoben, die Sperre für Ladungen nach und über Chemnitz-Hilbersdorf bleibt bestehen.

Neues von Sarrafani. Der Dresdner Circus hat in diesem Monat einen Rekordbesuch. Das Sensations-Schauspiel „Krone und Fessel“ ist ein Haupttreffer. Mit seiner atemberaubenden Handlung, mit seinen Bildern von prächtiger Buntheit, mit seiner glanzvollen Darstellung packt er täglich Tausende. Tausende jähren, schluchzen, jubeln und sind entzückt! Es ist ein echter Circus-Erfolg! Und an der Spitze steht Theodor Becker, Deutschlands berühmtester Heldenschauspieler, neben Lino Battiera Dresdens gefeiertster Liebling. Leider können diese Auführungen nur noch einige Tage erfolgen. Trotz des Riesenerfolges kann das Sensations-Schauspiel nur noch bis Monatsende auf dem Spielplan bleiben, da der Circus Sarrafani für den kommenden Monat bereits seit langem artistische „Mai-Festspiele“ vorbereitet hat, die keineswegs hinausgeschoben werden können.

Deutschenbora. Am Ostermontag ist auf dem Friedhof das Kriegerdenkmal der Kirchengemeinde geweiht worden. Pfarrer Hartenstein vollzog die Weihe. Generalleutnant a. D. Franke gedachte der in siegreichen Kämpfen Gefallenen und ermahnte zur Einigkeit aller deutschen Stämme. Das Denkmal ist mit seinem figürlichen Schmuck eine Schöpfung des Architekten Franz Hesse-Dresden. Modelliert und ausgeführt wurde es vom Bildhauer Hermann Viehweg und Steinmetzmeister Frommberg Müller Nachfolger, Dresden.

Meißen. Ein jähes und tragisches Ende erreichte am zweiten Feiertag nachmittags eine Ostersfahrt zweier Berliner Herren, des 39 Jahre alten Kaufmanns M. aus Berlin-Schöneberg und des in Berlin-Palente wohnhaften Kandidaten der Medizin R., die diese im Faltboot von der böhmischen Landesgrenze elbawärts unternommen hatten. Gegen 2 Uhr nachmittags waren sie mit dem Faltboot in Meißen eingetroffen. Beim Wiederausfahren aus der Triebischmündung wurde das Boot von der Strömung erfasst und vor einen Pfeiler der alten Brücke getrieben. M. wollte den Anprall verhindern und stemmte sich mit den Armen gegen den Pfeiler, wodurch das Boot umstürzte. R. schwamm dem Ufer zu, während M., der mit Hose, Sweater, Jackett und Gummiplane bekleidet war, kaum 100 Meter unterhalb der Brücke in den Fluten versank. Rettungsversuche kamen zu spät.

Pirna. In der Nähe des Schützenhauses fand man am ersten Feiertage ein Seil quer über die Straße gespannt. Ein Radfahrer, der die Stelle passierte, erlitt

Verletzungen an den Händen. Die Insassen eines kurz hinter ihm fahrenden Kraftwagens erlittenen Anzeige.

Völkigthal bei Hohenfichte. In der Nacht zum Sonnabend ist in der Spinnerschmiede, G. m. b. H., in einem der einsiedlichen Lagergebäude ein Schadenfeuer ausgebrochen, das in den dort lagernden digeranten Baumwollabfällen und Vorräten reiche Nahrung fand. Das Feuer glimmte auch am Sonnabend noch weiter und wird erst nach Tagen vollständig gelöscht werden können. Der Gesellschaft ist durch das Feuer ein Millionen-Schaden entstanden. Der Betrieb der Fabrik kann vorläufig aufrechterhalten werden. Es wird Brandstiftung vermutet.

Gunnersdorf. Am 1. Feiertag mittag entstand beim Gutsbesitzer Henker ein Schadenfeuer, das die Feldscheune und das Wohnhaus in kurzer Zeit in Asche legte. Die Ursache des Feuers ist noch nicht festgestellt, doch wird Brandstiftung vermutet.

Frontenberg. Einer beim hiesigen Polizeiamt eingegangenen Anzeige nachgehend, wurde in der Nacht zum Donnerstag in den Räumen der alten Brauerei ein Waffenlager ausgehoben. Es wurden durch Beamte unserer Polizei beschlagnahmt: 20 Infanteriegewehre (Modell 98), 1 schwarzes Maschinengewehr mit 2 Ersatzläufen, 5 Wasserläschen zur Kühlung der Maschinengewehre, 5 Kästen mit Munition für Maschinengewehre, 1 Gürtelfüller und 5 Rifen und 1 Paket scharfe Infanteriemunition. Die Untersuchung dieser Sache wurde amtlicherseits sofort eingeleitet.

Burgstädt. Bekanntlich waren Bürgermeister Dr. Roth und der frühere Ratsherr Naumann, jetzt Bürgermeister in Pegau, wegen Bahövergehens zu je 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Bei der Revisionsverhandlung vor dem Chemnitzer Landgericht wurden nunmehr beide Angeklagte freigesprochen. Der Freispruch hat in Burgstädt ziemlich Aufsehen erregt, zumal die dortigen Rathausbeamten erklärt hatten, nicht mehr mit Dr. Roth zusammenarbeiten zu wollen.

Ritzberg. Von dem abends 8 Uhr von Schönheide hier ankommenden Personenzug entgleiten am Donnerstag auf noch unaufgeklärte Weise fünf Wagen, wovon sich zwei Personenwagen ganz umlegten; Lokomotive und die übrigen Wagen blieben von dem Unfall unberührt. Fünf Personen wurden leicht verletzt, zumeist durch Glassplitter. Die sofort in Angriff genommenen Aufräumarbeiten waren am nächsten Morgen beendet.

Leipzig. In der Nacht zum ersten Osterfeiertag wurde die Inhaberin des Gast- und Logierhauses „Zum Weißen Roß“ in der Roßstraße, die 60jährige Witwe Hedwig Bretsch, in ihrer Gastwirtschaft mit zahlreichen schweren Kopfverletzungen auf dem Fußboden liegend, gefunden. Es liegt Raubmordverdacht vor. Der Tat

geständig ist der in der Nähe wohnende 22jährige Weinkäufer Erwald Trautmann.

Politischer Doppelmord in Berlin.

Zwei türkische Staatsmänner erschossen.
n. Berlin, 18. April.

Die Reichshauptstadt war in der vorigen Nacht wieder einmal der Schauplatz eines schweren politischen Verbrechens, das lebhaft an die Ermordung des ehemaligen türkischen Großwesirs Talaat Pascha und an den Mordanschlag auf den ehemaligen russischen Minister Professor Willschütz erinnert.

Auf offener Straße wurden zwei Türken, die hohe Staatsämter bekleideten, der frühere Gouverneur von Trapezunt, Djemal Azmy-Bei, und der Konstantinopeler Professor Baha Eddin Chakir, von zwei Landsknechten überfallen und durch Radenschüsse auf der Stelle getötet. Gerüchte wollen wissen, daß einer der Getöteten der Bruder Talaat Paschas sei; die Richtigkeit dieser Gerüchte hat sich jedoch bisher nicht nachprüfen lassen. Auf die Ergreifung der Täter wurde eine Belohnung von 50 000 Mark ausgesetzt.

Djemal Azmy-Bei und Professor Baha Eddin Chakir wohnten seit mehreren Jahren mit ihren Familien in Berlin-Charlottenburg. Beide Familien hatten gestern eine Familienfeier im Hause eines anderen vornehmen Türken beigesteuert und hatten dann gemeinsam mit der Witwe des ermordeten Talaat Pascha den Heimweg angetreten. Ganz in der Nähe ihrer Wohnungen wurden sie von zwei jüngeren Leuten, die sich dort schon seit mehreren Stunden in auffälliger Weise herumgetrieben haben sollen, von hinten angefallen und durch mehrere Schüsse niedergestreckt. Die Verbrecher haben vorher die Witwe Talaat Paschas, die zwischen den beiden Herren ging, am Arm gepackt und zurückgerissen. Die Frauen und Kinder der beiden Erschossenen, die vorweg gingen, versuchten, als die Schüsse ertönten, in Schreikrämpfe.

Nach den bisherigen polizeilichen Nachforschungen liegen der Tat zweifellos politische Motive zugrunde. Es handelt sich wahrscheinlich um die Durchföhrung einer armenischen Blutrache. Die Täter gehören, wie man annimmt, einer armenischen Geheimorganisation an, die in Amerika ihren Sitz hat und deren Ziel es ist, die früheren führenden Personen der türkischen Kriegspartei zu ermorden.

Die Überwachung der Armenier in Berlin DA Berlin. Der Mord an den beiden ehemaligen hohen türkischen Staatsbeamten in Berlin, der unzweifelhaft auf eine armenische Verschöderung zurückgeht, kam den Behörden nicht ganz unerwartet. Man war im Staatskommissariat für öffentliche Ordnung schon seit einiger Zeit davon unterrichtet, daß von armenischer Seite neue politische Attentate gegen hier lebende Türken geplant seien. Vor einigen Wochen wurde daher eine polizeiliche Überwachung der Wohnungen der in Berlin lebenden Türken und die Handhabung einer sehr sorgfältigen Kontrolle für alle einreisenden Armenier eingeföhrt.

Für die mannigfachsten Ehrungen und Aufmerksamkeiten bei Gelegenheit seines 40jährigen Dienstjubiläums 3019
dankt nur hierdurch herzlichst
Oberlehrer Kantor Hientzsch.

Landwirtsfrauen!

sichert euch Webwaren

Rücklieferung d. Flachsanbau.

Wir liefern im Herbst gegen Stengelflachsablieferung Leinenwaren eigener Herstellung aus eigenem Gespinnst in erstklassiger Qualität zu Fabrikpreis.

Zur Aussaat empfehlen wir
Russ. u. Seeländer Original Leinsaat
zum Preise von 15 Mark für 1 Kilogramm ab Freiberg. 3718

Sächsische Leinenindustrie-Gesellschaft
vorm. G. C. Müller & Hirt, A.-G.,
Freiberg i. Sa.



Kukirol
besenigt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen, Wunden
In Apotheken u. Drogerien erhältlich.
Drogerie Paul Klettsch.

Kleine Inserate haben stets Erfolg.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Gatten, unseres guten Großvaters, Bruders, Schwagers und Onkels, des
Wirtschaftsbesizers
Wilhelm Gäbisch
drängt es uns, allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die so zahlreiche Anteilnahme u. die vielen Blumenspenden
unsern innigsten Dank
auszusprechen. Besonderen Dank den Militärvereinen Mohorn und Herzogswalde für das freiwillige Tragen und die ehrende Begleitung zur letzten Ruhestätte, sowie Herrn Pfarrer Keil für die trostreichen Worte und Herrn Kantor Kirsten für die erhebenden Gefänge am Grabe.
Herzogswalde, am 18. April 1922.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Spar- und Vorschußverein zu Wilsdruff.

Jahreshauptversammlung

in Wilsdruff im Gasthof zum „Goldenen Löwen“
Montag den 24. April 1922 abends 7 Uhr.

Die Mitglieder haben sich durch Vorzeigung ihrer Quittungsbücher über bez. Stammanteile auszuweisen. — Der Einlaß und die Anmeldung findet von abends 1/7 Uhr an statt. Um 7 Uhr wird der Versammlungsraum geschlossen. — Zahlreiches Erscheinen ist schon wegen der Satzungsänderung dringend erwünscht.
Wilsdruff, am 6. April 1922. 3812
Spar- und Vorschußverein zu Wilsdruff, e. G. m. b. H.
Piezich, Direktor. Wilhelm, Kassierer.

Rontoristin
perfekt in Buchhaltung, Stenographie und Schreibmaschine, sofort gesucht.
Bewerbungsschreiben unter 1212 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Hausmädchen
möglichst für sofort gesucht bei guter Kost u. hohem Lohn.
B. Grahl,
Weinrestaurant Wintlerstr.,
3018 Meißen.

Hausmädchen
Suche für 1., spätestens 15. Mai ein tücht., fleißiges
im Alter v. 15-16 Jahren.
Frau Dr. Winkler,
Meißen, Bismarckplatz 1.

„Anakreon“

Freitag den 21. April
Eingestande. 3023

Schwefelsaures Ammoniak

Kalifalz

Rainit

eingetroffen. 3021

Martin Kirsten,
Bahnhof Charandt.
Fernsprecher 100.

Ehrenerkklärung.

Das gegen Herrn Schlepfer und Herrn Lommatzsch verbreitete Gerücht beruht auf Unwahrheit und warne vor Weiterverbreitung. 3024
Albert Lippold.

Zwei junge 3026
hochtrag. Röhre
und eine
neumelk. Ziege
stehen zum Verkauf in
Röhrsdorf Nr. 22.

Kräftiges, fleißiges Oftermädchen
sucht für sofort oder später gute Stellung. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl. unter 3021.
Solider Herr sucht für sofort **möbliertes Zimmer**
Angebote u. 3001 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.